LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

11. Wahlperiode

01.12.1994

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1995



Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - Drucksachen 11/7500, 11/7970 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie

Beschlußempfehlung

Der 45. Landesjugendplan sowie die Kapitel 07 050 und 07 410 werden mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat in seinen Sitzungen am 15. September, 24. November und abschließend am 01. Dezember 1994 den 45. Landesjugendplan und die

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungs-

wesen und

Kapitel 07 410 - Sozialpädgogisches Institut für Kleinkind- und außer-

schulische Erziehung (SPI)

beraten.

Für die Beratungen lagen dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie folgende Vorlagen vor:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	11/3208
des Landes Nordrhein-Westfalen	11/3213
	11/3214

Als Zuschriften sind eingegangen:

Landesjugendring NRW	11/3379
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband LV NRW e.V.	11/3561
Landeshauptstadt Düsseldorf-Frauenbüro (ZUMMM e.V.)	11/3618
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der	
Freien Wohlfahrtspflege NRW	11/3747

B Beratung

Für die abschließende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 01. Dezember 1994 lagen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Vor der Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen fragte die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales mitteilen könne, in welcher Höhe im kommenden Jahr eine globale Minderausgabe zu erwarten sei; nach ihren Informationen sei ein Betrag von 700 Mio. DM genannt worden.

Auch aus Sicht der Vertreterin der Fraktion der F.D.P. sei die Frage der Höhe der Minderausgabe im Interesse einer Planungssicherheit im Bereich der Jugendarbeit wichtig. Sie stellte fest, daß eine Planungssicherheit in diesem Bereich noch immer fehle; so wüßten z.B. Jugendverbände nicht, wie sie ihre Personalkosten finanzieren sollten. Sie verzichte daher auf die Einbringung von Änderungsanträgen, weil nicht bekannt sei, welche Veränderungen in den einzelnen Bereichen - bedingt durch die globale Minderausgabe - zu erwarten seien. Sie lehne den Haushaltsentwurf insgesamt ab, behalte sich aber eine Votierung zu einzelnen Änderungsanträgen vor.

Zur Frage der Höhe der globalen Minderausgabe führte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales aus, daß er beabsichtige, die im Entwurf ausgebrachten Ansätze, wenn sie so beschlossen würden, auch umzusetzen.

Die Fraktion der SPD nahm zu den vorliegenden Änderungsanträgen Stellung: Aus ihrer Sicht sei der eine oder andere Antrag im Grundsatz unterstützenswert. Allerdings sei sie der Auffassung, daß angesichts der besonderen Haushaltssituation Änderungsanträge nur bei gleichzeitigen Deckungsvorschlägen akzeptiert werden können; dies erkläre, daß sich die SPD-Fraktion auf zwei bzw. drei Anträge beschränke. Anträge, deren Deckung nicht nachvollziehbar und sofort umsetzbar sei, würden daher von ihr abgelehnt.

Die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß ihre Fraktion - wie in jedem Jahr - einen alternativen Gesamthaushalt erarbeitet habe, im Rahmen dessen selbstverständlich für jeden Antrag eine Deckung vorgesehen sei.

Die Änderungsanträge der Fraktionen mit den jeweiligen Begründungen und Abstimmungsergebnissen sind der Anlage zu entnehmen.

C Schlußabstimmung

Bei der Schlußabstimmung wurden der 45. Landesjugendplan sowie die Kapitel 07 050 und 07 410 in der Fassung des Haushaltsentwurfs einschließlich der Ergänzungsvorlage unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Erich Heckelmann Vorsitzender

Anlagen

Änderungsanträge der Fraktionen im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie

zum Einzelplan 07

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis	sergebnis
-	GRÜNE	Kapitel 07 050 TG 60	abgelehnt	
		Frhöhung des Ansatzes	SPD	nein
		von 78 516 000 DM	٠. ا	nein
		auf 82 016 000 DM		<u>a</u>
		In die Erläuterungen wird aufgenommen:		
		"Förderprogramm für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: 3 500 000 DM"		
		Begründung: In den letzten Jahren hat sich die Zahl alleinstehender asylsuchender Kinder		
		BRD kommen, erhöht. Off handelt es sich um Jugendliche aus Kriegs- und Katastrophengebieten, deren Eltern die Fluchtkosten für sich selbst nicht		
		automigen komiten. Die Situation der "Fluchtwaisen" ist im Vergleich zu erwachsenen Asylsuchenden oder Jugendlichen in Begleitung von Eltern besonders prekär.		
		Solange aus asyl- und ausländerrechtlichen Gründen eine bedarfsgerechte Inanspruchnahme von Regelangeboten der Kinder- und Jugendhilfe nicht oder		
		nur eingeschränkt möglich ist, sind gezielte ergänzende Hilfs- und Förder- angebote bereitzustellen.		

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis	gsergebnis
2	GRÜNE	Kapitel 07 050 TG 61 Titel 653 61 UT 12	abgelehnt	
		Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe hier: Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten	SPD	nein Enth.
		Erhöhung des Ansatzes	F.D.P. GRÜNE	nein ja
		von 29 060 000 DM		•
		um 8 754 800 DM		
		auf 37 814 800 DM		•
		Begründung:		
		Die vorgesehene Kürzung im Bereich der Förderung der Jugendarbeit in offenen		
		Jugendfreizeitstatten wird dadurch zurückgenommen. Die Kommunen sind		
		nicht in der Lage, die Streichung der Landeszuschusse autzufangen. Darüber- hinaus können die Träger mit der Erhöhung des Gesamtansatzes um 5,5 % die		
		gestiegenen Personalkosten auffangen.		
က	SPD	Kapitel 07 050 TG 61 Titel 653 61 UT 12	angenommen	<u>_</u>
		(Landesjugendplan Pos. II/1)		
		Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe	SPD	<u>.e</u>
		hier: Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten	CDU	nein
			F.D.P.	nein
		Kürzung des Ansatzes	GRÜNE	nein
		von 29 060 000 DM		
		mm 500 000 DM		
		auf 28 560 000 DM		
		Begründung:		
		Deckung für Antrag lfd. Nr. 4 (Kapitel 07 050 Titel 653 61 UT 14)		
		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·		

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis	rgebnís
4	SPD	Kapitel 07 050 TG 61 Titel <u>653</u> 61 UT 14 (Landesingendolan Pos. III/3)	angenommen	
		Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe hier: Förderung sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf	SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja	÷
		Erhöhung des Ansatzes 7 100 000 DM von 500 000 DM		
		7 600 000		
		begrundung: Die Hilfen nach Position III/3 wenden sich an junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf, die wegen ihres individuellen Entwicklungsstandes den		
		Anforderungen in Ausbildung und Arbeit nicht gewachsen sind. Der Anteil dieser Gruppe, die außer Arbeitsmarktproblemen auch noch massive Schwierigkeiten im persönlich-sozialen Bereich haben, nimmt zu. Die beabsichtigten		
		Kürzungen würden 48 kommunale Einrichtungen mit ca. 135 Fachkräften treffen. Eine Kürzung der Mittel wäre nicht zu verantworten. Deckung aus Kap. 07 050 Titel 653 61 UT 12; siehe Antrag Ifd. Nr. 3		
വ	GRÜNE	Kapitel 07 050 TG 61 Titel 684 61 UT 14 (Landesjugendplan Pos. III/3) Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe hier: Förderung sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen im	abgelehnt SPD nein	<u></u>
		Erhöhung des Ansatzes 15 380 000 DM von	٠. ٣	÷
		um 500 000 DM auf 15 880 000 DM		
		ündung: it wird die im Haushaltsentwurf vorgesehene Kürzung zui steigender Jugendarbeitslosigkeit benötigen gerade bena schen Hilfestellung und Unterstützung beim Übergang in d		
		keit.		

.

•

Lfd, Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmu	Abstimmungsergebnis
9	SPD	Kapitel 07 050 TG 61 Titel 653 61 (Landesjugendplan)	uewwouebus	len
		Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe Einrichtung eines neuen Unterteils 28 "Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden, freie Träger der	SPD CDU	ја Бр ф
		Jugendhilfe und sonstige Träger zur Förderung der Zusammen- arbeit von Jugendarbeit und Schule bei der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern"	GRÜNE	ē
		Erhöhung des Ansatzes		
		um 1 000 000 DM		
		Begründung: Nach KJHG § 24 Abs. 2 dritter Spiegelstrich haben die Gemeinden ein bedarfs-		
		gerechtes Angebot an Ganztagsplätzen vorzuhalten. Das Land ist nach dem KJHG verpflichtet, Maßnahmen der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern. Für		
		die Entwicklung kostengünstiger Projekte zur Schaffung weiterer Angebote der Ganztagsbetreitung von Kindern im schuloflichtigen Alter missen finanzielle		
		Mittel bereitgestellt werden, In der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schu-		
		le wird eine Möglichkeit gesehen, die Ganztagsbetreuung kostengünstig aus- zubauen. Sie sollen überwiegend im Bereich der Grundschule eingesetzt wer-		
		den. Die zusätzlichen Mittel sollen im Landesjugendplan ausgewiesen werden.		
		Die Bewirtschaftung soll in Abstimmung mit dem Kultusministerium erfolgen.		

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	nao	Kapitel 07 050 TG 61 Titel 684 61 UT 13 (Landesiugendolan Pos. III/1)	abgelehnt
		Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe hier: Personalkostenzuschüsse für pädagogische Kräfte in Jugendwohnheimen	SPD nein CDU ja F.D.P. Enth.
		öhung des Ansatzes	ш
		um 500 000 DM auf 14 850 000 DM	
		Begründung: Die vorgesehene Kürzung im Haushaltsentwurf der Landesregierung in Höhe von 1 Mio. DM entspricht nicht den Erfordernissen, die in diesem Bereich notwendig sind. Die Erhöhung soll insbesondere dazu dienen, die Finanzierung der Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in den Wohnheimen der Pflegevorschulen abzusichern. Deckung siehe Antrag Ifd. Nr. 8	
ω	CDU	Kapitel 07 050 TG 61 Titel 893 61 UT 18 (Landesjugendplan Pos. V/6) Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendherbeit hier: Jugendherbergen	aufgrund des Abstim- mungsergebnisses zu Ifd. Nr. 7 zurückgezo- gen (Deckungsantrag)
		Kürzung des Ansatzes von um auf Begründung: Deckung zur Erhöhung des Ansatzes bei Kapitel 07 050 TG 61 UT 13;	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtt. Begründung)	Abstimmungsergebnis	sergebnis
6	GRÜNE	Kapitel 07 050 TG 80 Titel 653 80	abgelehnt	
		Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK	SPD	nein
		Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Betriebskosten für	CDN	nein
		Tageseinrichtungen für Kinder		nein
			GRÜNE	ja
		Erhöhung des Ansatzes		
		von 1 270 000 000 DM		
		MU 000 000 DV		
		auf 1 340 000 000 DM		
		Begründung:		
		Die Erhöhung der Zuschüsse an die Gemeinden für die Betriebskosten für		
		Tageseinrichtungen für Kinder ist notwendig, weil 1995 15 000 Plätze mehr als		
		von der Landesregierung im Haushaltsentwurf vorgesehen geschaffen werden		
		sollen.		

Abstimmungsergebnis	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja		
Abs	abgeleh SPD CDU F.D.P. GRÜNE	717191	
	Kapitel 07 050 TG 80 Titel 883 80 Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen für Tageseinrichtungen für Kinder	332 374 000 DM 125 000 000 DM 457 374 000 DM	Hortplätze Erhöhung des Ansatzes von 7899 000 DM um 4388 333 DM auf 12 287 333 DM lung: Der von der Landesregierung vorgesehene Ausbau der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder reicht nicht aus, um in absehbarer Zeit in Nord-rhein-Westfalen die Voraussetzungen für die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz zu schaffen. Es sollen zusätzlich 15 000 Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder geschaffen werden. Der im Haushaltsentwurf vorgesehene Ausbau der Hortplätze deckt nicht den tatsächlichen Bedarf an Betreuungsplätzen für Schulkinder. Mit der Erhöhung sollen zusätzlich 1 000 Hortplätze geschaffen werden.
Antrag (evtl. Begründung)	883 80 nvestitionskoster Kinder - GTK in (GV) zu den er	:: von um auf	is von auf auf ng vorgesehene Aus reicht nicht aus, un /oraussetzungen für in Kindergartenplatz z Tageseinrichtungen rorgesehene Ausbau rorgesehene Ausbau
(evtl.	Kapitel 07 050 TG 80 Titel 883 80 Förderung der Betriebs- und Investitionskos über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu (Tageseinrichtungen für Kinder Erhöhung des Ansatzes um	wie folgt aufgeteilt: Iergartenplätze Shung des Ansatzes	Hortplätze Erhöhung des Ansatzes lung: Der von der Landesregierung geseinrichtungen für Kinder r Nord-rhein-Westfalen die Vc Rechtsanspruchs auf einen l zusätzlich 15 000 Plätze in T werden. Der im Haushaltsentwurf vo nicht den tatsächlichen Beda Mit der Erhöhung sollen zu
	Kapitel 07 0 Förderung de über Tagese Zuweisunge Tageseinrich	und zwar wi 1. Kinde Erhöh	2. Hortplätze Erhöhung Erhöhung: 2u 1.) Der von der geseinrichtun Nord-rhein-W Rechtsansprzusätzlich 15 werden. zu 2.) Der im Haus nicht den tat Mit der Erh werden.
Antragsteller (Fraktionen)	GRÜNE		
Lfd. Nr. des Antrags	10/11		

des Landes Nordrhein-Westfalen Finanzministerium

und Finanzausschuß des Landtags Vorlage an den Haushalts-

Anlage zu den

11/3420 Vorlagen

11/3421

11/3422

(Neudruck)

11/3423

- Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales -Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1995

Änderungen in den Haushaltsansätzen Anlage: Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - Änderungen in den Haushaltsansätzen -Anlage:

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
	Hinweis zu den einzelnen Titeln: Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.			
07 020	Allgemeine Bewilligungen			
684 30	Zuschuß an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund - Landesbezirk Nord- rhein-Westfalen - e.V. Oberhausen (TBS)	4.460.000	-100.000	4.360.000
	Änderungen der Erläuterungen: Ausgaben 1. Institutionelle Förderung 2. Sächliche Verwaltungsausgaben bisher			
	ung um Imme I:			
	Finanzierung der Ausgaben 1. Institutionelle Förderung 1. Eigene Mittel und sonstige Mittel bisher 1.140.500 DM Erhöhung um 200.000 DM auf 1.340.500 DM			
	5. Zuschuß des Landes NRW aus Kapitel 07 020 Titel 684 30 bisher 4.233.400 DM Kürzung um 100.000 DM auf 4.133.400 DM Zwischensumme I: 5.473.900 DM			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - Änderungen in den Haushaltsansätzen -Anlage:

							•	
neuer Ansatz DM		4.700.000						
mehr (+) weniger (-) DM		-300.000						
Ansatz nach dem Entwurf DM		5.000.000						
Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	<u>Titelgruppe 60</u> Automation der Haushalts-, Kassen- und Rechnungs- legungsverfahren MAGS	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen für die Datenverarbeitung	Titelgruppe 64 Förderung von Bau- und Ausstattungsinvestitionen für Einrichtungen der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung (Berufsbildungsstätten) (Ausgaben und Verpflichtungsermächtigung unverändert)	Haushaltsvermerk Nr. 3 - neu -: Siehe Deckungsvermerk bei Titelgruppe 80.	Titelgruppe 80 Förderung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation (Ausgaben und Verpflichtungsermächtigung unverändert)	Haushaltsvermerk Nr. 3 - neu -: Die Ausgaben dürfen bis zu 500.000 DM der Einspa- rungen bei Titelgruppe 64 überschritten werden.		
Kapitel Titel	(07 020)	812 60						

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - Änderungen in den Haushaltsansätzen -Anlage:

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
07 050	Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen			
	<u>Titelgruppe 61</u> Landesjugendplan			
653 61	Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe	36.262.000	+1.000.000	37.262.000
	Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 653 61:			
	UT 12: Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten (LJP II/1) bisher 29.060.000 DM Kürzung um 500.000 DM auf 28.560.000 DM			
	UT 14: Förderung sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf (LJP III/3) bisher 7.100.000 DM Erhöhung um 500.000 DM auf 7.600.000 DM			
	UT 28 (neu): Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden freie Träger der Jugendhilfe und sonstige Träger zur Förderung der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule bei der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülem			
	auf 1.000.000 DM auf 1.000.000 DM		·	

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - Änderungen in den Haushaltsansätzen -Anlage:

Ansatz nach mehr (+) neuer dem Entwurf weniger (-) Ansatz DM DM	iländer	pun	nd 12.600.000 +100.000 12.700.000					5.709.500 +300.000 6.009.500		
Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Landesmaßnahmen für Vertriebene, Heimkehrer, aus- ländische Arbeitnehmer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge	Titelgruppe 64 Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migrant-en/innen	Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	Anderung der Erläuterungstabelle zu Titel 684 64:	UT 1 : Personalkostenzuschüsse für Sozialberater bisher 6.200.000 DM Erhöhung um 100.000 DM auf 6.300.000 DM	Maßnahmen für das Gesundheitswesen	<u>Titelgruppe 64</u> Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)	Zuschüsse an freie Träger	Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 684 64	UT 5 :Youth-Worker Programm bisher 2.800.000 DM Erhöhung um 300.000 DM auf 3.100.000 DM
Kapitel Titel	090 20		684 64			02 02 080	·	684 64		

<u>Einzelplan 07:</u> Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales <u>Anlage:</u> – Änderungen in den Haushaltsansätzen –

Trei							 	 	
Ansatz nach dem Entwurf	neuer Ansatz DM	400.000		1.505.660.100	6.922.337.100	1.662.407.200			
Abschluß Einzelplan 07: Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen	mehr (+) weniger (-) DM	-300.000		ı	+700.000	ı			
Dienststelle Kosten für de Dienststellen Ausgaben Verpflichtung	Ansatz nach dem Entwurf DM	700.000		1.505.660.100	6.921.637.100	1.662.407.200			
Kapitel Titel 07 330 546 30	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Dienststellen der Kriegsopferversorgung Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	Abschluß Einzelplan 07:	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigungen			
	Kapitel Titel	07 330 546 30							